

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 411.

für Urhalt und Thüringer.

Jahrgang 193.

Montag-Ausgabe

Montag, 3. September 1900.

Verlags-Preis für Halle und Umgebungen 2,50 Mark, durch die Post bezogen 3 Mark für das Vierteljahr. Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich, ausgenommen an Feiertagen. Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Leipzigerstr. 97. Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 97. Telefon Nr. 172.

Verlags-Preis für Berlin und Umgebungen 3 Mark, durch die Post bezogen 3,50 Mark für das Vierteljahr. Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich, ausgenommen an Feiertagen. Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Leipzigerstr. 97. Geschäftsstelle in Berlin, Bernburgerstr. 1. Telefon Nr. 971.

China.

Diplomatische Wirren.

Das Washingtoner Kabinett hat nach weiteren Verhandlungen mit der russischen Regierung den beteiligten Mächten eine zweite Note ausgehen lassen, in welcher der Verlauf gemacht wird, den amerikanischen Standpunkt zur Frage der Räumung von Peking klarer zu entwickeln und näher zu begründen. Es wird hierüber telegraphisch gemeldet:

Washington, 1. Sept. Das Staatsdepartement veröffentlicht folgende, vom 29. August datierte Mitteilung: Der russische Geschäftsträger hat hier gestern mündlich Erklärungen über die Wünsche Russlands in China abgegeben. Er erklärte, Russland habe nicht die Absicht, in China Gebiete zu erwerben. Es habe seiner Gesandtschaft helfen wollen und Unterstützung nur aus strategischen Gründen begehrt. Sobald die Ordnung wiederhergestellt sei, werde es seine Truppen aus dieser Stadt zurückziehen, es sei denn, daß die Mächte sich dem widersetzen würden. Russland habe seinen Gesandten und das Personal der russischen Gesandtschaft in Peking angewiesen, Peking zu verlassen. Ebenso würden die russischen Truppen nach Tientsin zurückgezogen werden, und Russland werde, wenn die chinesische Regierung die Forderung der Macht wieder an sich genommen haben würde, sobald sie seiner Bevollmächtigte ernannt habe, mit denen die übrigen Mächte verhandeln könnten, und sobald sie den Wunsch ausgedrückt habe, in solche Verhandlungen einzutreten, aus seiner Seite einen Vertreter ernennen. In ihrer Antwort auf diese Erklärung bemerkt die amerikanische Regierung, daß die offenen Erklärungen Russlands mit denjenigen der übrigen Mächte übereinstimmen. Alle Mächte hätten die Absicht, irgend einen Teil chinesischen Gebietes zu erwerben, weit von sich gewiesen. Die Ziele der Mächte würden sich nach Ansicht der Vereinigten Staaten aber besser durch eine gemeinschaftliche Besetzung von Peking auf Grund internationaler Uebereinkünfte erreichen lassen, die so lange dauern müsse, bis die chinesische Regierung wieder hergestellt und wirklich im Stande sei, neue Verträge abzuschließen, welche eine Wiederherstellung der Garantien des Schutzes für die Zukunft gewährleisten. Wenn diese Autorität wiederhergestellt sei, so hätten die Vereinigten Staaten, die den Wunsch, ihre Truppen aus Peking zurückzuziehen und in Friedensverhandlungen einzutreten, um auf diesem Wege die Erzeugung für alle gerechten Ansprüche zu erlangen. Die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, daß eine weitere Fortdauer der Besetzung Pekings nicht das letzte genannte Ergebnis haben werde, wozu nicht alle Mächte die gleichen Wünsche hegen. Jede Macht, welche ihre Truppen aus Peking zurückziehe, werde nach demselben Interesse in China dann auf eigene Faust zu warten haben. Die Vereinigten Staaten hätten es für das Beste, die verschiedenen Befehlshaber der Truppen in Peking anzuweisen, sich über die Raumung der Stadt miteinander zu verständigen, welche dann in Uebereinkunft mit allen Mächten erfolgen werde. Nach allen diesen Erwägungen geht hervor, daß die Mächte sich nicht allgemein für eine Verlängerung der Okkupation Pekings aussprechen und nicht allgemeine Uebereinkunft unter sich über diesen Punkt erzielen würden. Die Vereinigten Staaten ihren Befehlshaber in Peking anzuweisen würden, die amerikanischen Truppen aus Peking zurückzuziehen, oder erst nach, dem er sich mit den übrigen Befehlshabern über den Zeitpunkt der Räumung und über sein weiteres Verhalten verständigt habe.

Diese Note der Regierung der Vereinigten Staaten bekräftigt die Mitteilungen, die wir bereits über die Stellungnahme des Washingtoner Kabinetts gegenüber den russischen Vorschlag auf Zurückziehung der Truppen aus Peking zu machen in der Lage waren. Die Antwort der Vereinigten Staaten bedeutet durchaus keine rückhaltlose Zustimmung zu russischen Anregung, obwohl sie in ihrer offenbar absichtlichen Unklarheit, Weisheitslosigkeit und Vieldeutigkeit alle möglichen Auslegungen zuläßt. Die erwähnte Notiz im alten Delphi hätte nicht geschickter orakeln können. Die ersten zwei Drittel der amerikanischen Note lesen sich, als ob die Vereinigten Staaten trotz aller „wenn und aber“ es doch eigentlich für richtig erachteten, die temporäre Okkupation Pekings durch die fremden Truppen aufrecht zu erhalten, bis völlig ermangelnden Gedankenempörung zu der ganz entgegengelegten Folgerung führt. Jedenfalls zeigt die Fassung der Note, daß man sich in Washington entweder über eine Stellungnahme noch nicht schicklich gemacht oder ein Interesse hat, diese noch im Dunkeln zu halten. Das Bestreben dünkt uns das Wahrscheinlichere.

Was die diplomatische Lage im Allgemeinen betrifft, so können eben zur Zeit zwischen den Kabinetten die Verhandlungen über den russischen Vorschlag. Dieser hat noch keine Macht eine bestimmte Erklärung abgegeben und alle gegenseitigen Meldungen sind falsch. Wertenswerth ist, daß Russland nach der in der amerikanischen Note gegebenen Darstellung nicht, wie man anfänglich glaubte, die Zurückziehung seiner Truppen gleichfalls zur Erzwingung gestellt hat, sondern diese Maßregel auf eigene Faust ohne Weiteres bereits durchgeführt, unbeeinträchtigt durch, was die Mächte betreffs ihrer Kontingente zu verfügen willens sind. Die russische Regierung hat ihren Truppen bereits den Befehl zum Rückzug nach Tientsin erteilt. Diese Befehlsnahme wird in einer offiziellen Rechtfertigungsschrift sehr ausführlich begründet. Wir erhalten hierüber den folgenden, aus Petersburg vom 1. September datierten telegraphischen Bericht:

Der „Regierungsbeleg“ bringt folgende Mitteilung der Regierung: Wir dem Kriegesausbruch in Peking haben in der letzten Zeit die militärischen Begehren eines so unerwartet raschen Abendungs angenommen, daß es einer verhältnismäßig unbedeutenden Truppenabteilung der Verbündeten, deren Aufgabe darin bestand, die belagerten auswärtigen Gesandtschaften und die Ausländer zu befreien, gelungen war, nicht nur diesen Hauptzweck zu erreichen, sondern auch die in den verschiedenen Teilen des chinesischen Reiches fortgesetzten Unruhen abzuwehren und einander zu trennen und Maßregeln zur Sicherstellung der Verbindung mit Peking zu ergreifen. Diese günstigen Umstände veranlassen jedoch keinesfalls das früher vorgesehene Programm Russlands, dessen Grundprinzipien in der letzten Regierungserklärung enthalten sind. Russland hat, wie in der Mitteilung steht, China den Krieg nicht erklärt; die russischen Truppen betreten das Territorium des Nachbarstaates mit bestimmten Zwecken, deren größter Teil gegenwärtig erreicht ist. Um für die Zukunft seinen Anlaß in gegenwärtigen Unruhen oder unrichtigen Beurteilungen bezüglich der weiteren Abwehren Russlands zu geben, geruhe der Kaiser, dem Bewerfer des Ministeriums des Auswärtigen zu befehlen, an die im Auslande akkreditierten russischen Vertreter folgendes Circulare zu senden: Circulare der Regierung des Bewerfers des Ministeriums des Auswärtigen vom 28. August. Die nächsten Ziele, welche die kaiserliche Regierung gleich vom Anfang der chinesischen Wirren beabsichtigt, beinhalten in Folgendem:

1. Befreiung der russischen Gesandtschaft in Peking, Sicherstellung der russischen Interessen vor den vorübergehenden Mächten der chinesischen Revolution.
2. Erzielung von Hilfe der chinesischen Regierung in ihrem Kampfe gegen die Wirren im Interesse der baldigen Herstellung der geordneten Ordnung der Dinge im Reich.
3. Aufrechterhaltung der früheren Staatsordnung in China, Befreiung von allem, was zu einer Aufspaltung des kaiserlichen Reiches führen konnte.
4. Mit gemeinsamen Kräften Herstellung einer geordneten Centralregierung in Peking, welche im Stande ist, allein die Ordnung und die Ruhe zu bewahren.

In diesen Punkten behauptet fast zwischen allen Mächten ein Einverständnis. Da die kaiserliche Regierung seine anderen Zwecke verfolgt, wird sie auch nur standhaft ihrem früheren Aktionsprogramm treu bleiben. Wenn der Gang der Ereignisse, wie der Inhalt der Notizen auf unsere Truppen in Peking und eine Reihe sonstiger Handlungen der Chinesen an der Grenze unseres Staats, wie z. B. die Beschließung von Massenversammlungen, Russlands zur Einnahme von Maßnahmen und zum Einrückung russischer Truppen in die Gegend der Mandchurie veranlassen, so können solche zeitweiligen Maßnahmen, welche ausschließlich durch Ungelegenheiten hervorgerufen wurden, die Chinesen an der Grenze unseres Reiches beunruhigen, keinesfalls von irgendwelchen selbstständigen Plänen heranzu gehen, welche der Politik der kaiserlichen Regierung vollständig fremd sind.

Sobald in der Mandchurie die dauernde Ordnung wieder hergestellt sein wird und auch die unangenehmen Maßregeln zum Schutze der Eisenbahn getroffen sein werden, deren Bau noch eines besonderen ernstlichen Einnehmens mit China bezüglich der Konzeption bedarf, welche der Gesellschaft der chinesischen Eisenbahn verliehen werden soll, wird auch das Nachbarreich Russland nicht einzurufen, seine Truppen aus diesen Gebieten zurückzuziehen, vorausgesetzt, daß die Handlungsweise anderer Mächte dem nicht im Wege steht. Es ist offenbar, daß die Interessen der anderen auswärtigen Mächte und internationalen Gesellschaften in dem von Russland bestritten, für den internationalen Handel offenen Hafen Peking, wie auch auf den Eisenbahnlinien, die von unseren Truppen wiederhergestellt worden sind, unbeeinträchtigt bleiben und völlig geschützt sind.

Durch die Einnahme Pekings ist die erste der Aufgaben des Reiches, die Befreiung der Vertreter der Mächte nicht allen in der beabsichtigten Weise zu bewerkstelligen, erreicht. Die zweite Aufgabe, die Wiedereinrichtung einer geordneten Centralregierung zur Herstellung der Ordnung und rechtmäßiger Beziehungen zu den Mächten, erscheint bisher schwierig infolge der Abreise des Kaisers, der Kaiserin-Regentin und des Prinzgemahls aus der Hofburg. Unter solchen Bedingungen findet die kaiserliche Regierung nicht einen hinreichenden Grund, das Gesandtschaften wieder in Peking zu versetzen. Sobald eine gesetzliche chinesische Regierung wieder die Regel in die Hände nimmt und ihre mit Vollmachten versehenen Vertreter zu Verhandlungen mit den Mächten ernannt haben wird, wird Russland nach der Einnahme mit allen auswärtigen Regierungen keinerlei nicht erlangen, zu diesem Zwecke einen Bevollmächtigten nach jedem Orte zu senden, wo die Verhandlungen stattfinden werden. Indem ich Ihnen empfehle, alles dies der Regierung, bei der Sie akkreditiert sind, zur Kenntnis zu bringen, hoffen wir, daß dieselbe unsere Ansichten teilen werde.

Infolge des oben mitgetheilten Circulars an die auswärtigen Mächte wurde, so schließt diese amtliche Mitteilung der russischen Regierung, dem Welt. Staatsrat v. Stier, sowie dem Generalleutnant Benckowitsch beifolgt, für die Verwirklichung der Absichten der Mächte bezüglich der Ueberführung der kaiserlichen Gesandtschaft, der russischen Unterthanen und der russischen Truppen von Peking nach Tientsin zu wirken, wobei zweifellos alle Vorkommnisse berücksichtigt werden.

Das ganze russische Circularetelegramm enthält, wie man sieht, keine neuen wesentlichen Momente und giebt daher zu einer Veränderung der Stellungnahme gegen die Räumung von Peking keinen Anlaß. Die in fremdbildlicher Weise geführten Unterhandlungen zwischen den Mächten werden, wie zu hoffen ist, eine Verständigung ermöglichen, die die grundsätzliche Uebereinkunft hinsichtlich der Ziele der Intervention bietet. Aber die Wege zu diesem Ziele freilich haben die einzelnen Mächte recht verschiedene Ansichten. Denn abgesehen von Russland halten es dieselben fast ausnahmslos für richtig, Peking auch weiterhin noch besetzt zu halten. Deutschlands energische Ansicht haben wir nach dem offiziellen Artikel der „Köln. Ztg.“ bereits am Sonnabend mitgeteilt, einer Washingtoner Drahtung zufolge gab der deutsche Geschäftsträger im Staatsamt am Sonnabend die Erklärung ab, daß seine Regierung glaube, der Rückzug der Verbündeten von Peking würde von den Chinesen ungewünscht als Zeichen von Schwäche angesehen werden und die Erzeugung der Feindseligkeiten gegen die Fremden zur Folge haben. Deutschland glaube die internationale Streitkraft müsse in Peking bleiben, bis eine neue chinesische Regierung gebildet worden sei. Wenn in bezug die Zurückziehung der Verbündeten eine militärische, nicht eine politische Nothwendigkeit sei, würde Deutschland willens sein, gemeinschaftlich mit den übrigen Mächten zu handeln.

Die Meinung in England ist mit Rücksicht auf die augenblickliche Abwesenheit des britischen Premierministers noch zurückhaltend, doch wird allgemein schon jetzt betont, daß die Zurückziehung aus Peking im gegenwärtigen Augenblick ohne eine bestimmte Verständigung mit China nur eine Wiederkehr der jüngsten Ereignisse veranlassen würde. So lange die Mächte nicht direkte Zusicherungen von der chinesischen Regierung empfangen, sei England nicht vorbereitet, seine Truppen zurückzuziehen. Von anderer Seite verläutet, England habe sogar bereits eine bemessene Antwort an Amerika abgeschickt. Doch wird aus London geschrieben, man halte dort dieselbe in Folge der Abwesenheit Salisbury nicht für verbindlich. Die Antwort bekräftigt den Empfang der Note und hält am Zeit zur Erzwingung, ohne Englands künftige Haltung anzudeuten. Auch in Frankreich ist man gegen die russische Ansicht.

So laut der „Rein“: Wir wünschen lebhaft, daß die Maßnahme, falls sie getroffen werden sollte, die Wiederherstellung friedlicher Zustände beizubringen möge, fürchten aber, daß die Diplomatie damit einen großen Fehler begehen werde. „Das die Worte“ sagt, das Kaiserliche sei offenbar durch die Annahme für die Präsidentenwahl gezwungen, sich einer Fortsetzung der Expansionspolitik feindselig zu zeigen. Es sei zu befürchten, daß gewisse Mächte die Haltung Amerikas zu Auge machen könnten, um das internationale Einverständnis und die gemeinsame Aktion zu tödnen. In „Figaro“ schreibt der Vorläufer, er sei von manchen Amerikanern überzeugt, daß von der Ankunft des Grafen Waldersee in Peking die Verhandlungen mit China beginnen könnten. Die geführten Vorläufer Abendblätter besprechen den Vorschlag der Räumung Pekings in ziemlich zurückhaltender Weise. Der „Temp“ meint, es handle sich bisher lediglich um Meinungs-Austausch der Kabinette. Man wisse nicht, ob China wirklich genügt sei, zu verhandeln. Man dürfe das Fell des Bären nicht verkaufen; aber ebensowenig dürfe der moskowitzische Bär die Haut des chinesischen Drachens verkaufen. Das „Journal des Debats“ erklärt, es sei beunruhigend, daß die meisten Mächte genügt seien, Frieden zu machen, sobald sich ihnen Gelegenheiten in einer ihnen erwünschten Weise biete. Es wäre unvorsichtig, sich ihnen sich zu beugen. Es sei notwendig, daß sie keine ausgiebige Sühne für die erlittenen Verluste erhalte Maßschaffen für die Zukunft erlangen. Das „Le Temps“ bekräftigt auf das feste die Vorläufer, die Truppen aus Peking zurückzuziehen, und erklärt, die Mächte würden durch Annahme derselben einen ungeschicklichen Fehler begehen und das europäische Prestige wieder dadurch immer kompromittiert werden.

Gegenüber der Väterterhebung, wozu Frankreich den Vorschlag betreffend Räumung Pekings formell zugestimmt habe, mit „Journal des Debats“ wissen, daß die Dinge noch nicht so weit gehen seien, und daß Frankreich noch keine positive Antwort ertheile.

Das scheint überhaupt allgemein festzustellen, daß die Verantwortung der russischen Telegramms, da es den meisten Mächten — nicht auch Deutschland — unerwartet gekommen, geraume Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Auffallend ist freilich folgende Meldung aus Wien:

Wien, 1. Sept. Nach Meldungen aus Tatu hätten bereits mehrere Gesandte mit ihrem Personal, darunter der österreichisch-ungarische Geschäftsträger, Peking verlassen und befinden sich auf dem Wege nach Tientsin.

Was die Stellung Japans betrifft, so klagt darüber folgende Meldung eintrüben auf:

Paris, 1. Sept. Der hier anwesende japanische Gesandte am Londoner Hof erklärte, Japan könne nur in dem von Gineffur der Kaiserin-Witwe völlig berechnen, liberalen Ideen zugewandten Kaiser

